

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und Gebrüder Mohr. Verantwortlich für den Heimteil, Sport und Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. V.: 2250. Geschäftsstellen: Albersstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 150

Dienstag, den 30. Juni 1936

88. Jahrgang

Völkerbundsreform im Vordergrund

„Bündige“ Vorschläge erst im Herbst

Die Hauptarbeit der Völkerbundsarbeitsmitglieder erstreckt sich auch diesmal wieder auf die Einzelbesprechungen. Der Genfer Sonderberichterstatler der „Times“ berichtet von einer Unterredung zwischen dem englischen Außenminister Eden, dem französischen Außenminister Delbos und dem Unterstaatssekretär im Londoner Außenamt, Lord Stanhope, bei der u. a. besprochen worden sein soll, daß sich die gegenwärtige Tagung nur mit der Erörterung der Völkerbundsreform befassen solle. Mit bündigen Vorschlägen sei es wohl günstiger, bis zum Herbst zu warten. Ebenso sei man übereingekommen, gegenwärtig keine formelle Tagung der Locarno-Mächte abzuhalten.

Schließlich spricht der „Times“-Berichterstatler noch von solchen Vorschlägen zur Völkerbundsreform, die am aussichtsreichsten erschienen, weil sie eine Erklärung der Staaten vorsehen, inwieweit sie bereit seien, eine militärische Aktion auf Grund der Völkerbundsatzung gegen einen „Angreifer“ durchzuführen. Wenn sie dazu bereit wären, so würde ihnen wirtschaftliche Unterstützung durch die anderen Völkerbundsstaaten zuteil werden. Im Weigerungsfalle hätten sie keinen Anspruch auf diesen kollektiven wirtschaftlichen Beistand.

Der Sonderkorrespondent des „Daily Herald“ bestätigt, daß das abessinische Problem dort nur die zweite Rolle spiele. Die Völkerbundsreform beherrsche vielmehr die Situation. Allem Anschein nach würden die Sanktionen dem Achtzehnerausschuß zur weiteren Behandlung überlassen. Eine Formel der Entscheidung, sie aufzuheben, sei nicht zu erwarten. Voraussichtlich werde eine Entscheidung gefaßt, wonach sich die Umstände seit den früheren Vorschlägen geändert hätten.

Verschiebung der Septembersitzung des Völkerbundsrates?

London, 30. Juni. Nach einer Reutersmeldung aus Genf wird in Völkerbundsreisen ein Plan besprochen, die Septembersitzung, auf der voraussichtlich die Frage der Völkerbundsreform zur Sprache kommen soll, aufzuschieben. In französischen und britischen Kreisen werde ein Aufschub von etwa 10 Tagen aus Zweckmäßigkeitsgründen erwägt, während in anderen Kreisen davon gesprochen werde, daß die Sitzung bis November oder gar Januar aufgeschoben werden solle.

Sonder Sitzung im Unterhaus

Scharfe Kritik an den Äußerungen Duff Coopers — Simon verteidigt den Kriegsminister

London, 30. Juni. Auf zahlreiche Anfragen, die wegen der Rede des Kriegsministers Duff Cooper in Paris an den Ministerpräsidenten gerichtet worden waren, erteilte am Montag in dessen Vertretung der Innenminister Sir John Simon die Antwort. Er erklärte, daß der Kriegsminister vor einer Gesellschaft gesprochen habe, deren Zweck in der Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien bestehe. Seine Bemerkungen seien natürlich keine politische Erklärung gewesen, sondern eine Rede, die dazu bestimmt sei, die Elemente zu unterstreichen, die den Völkern beider Länder gemeinsam seien. Die Bemerkungen Duff Coopers hätten nicht die Absicht verfolgt, sich in irgendeinem Gegensatz zu den Ansichten der Regierung zu stellen.

Der Führer der Arbeiteropposition Attlee, erhob sich hierauf und fragte, ob die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf die Kommentare der französischen Presse gelenkt worden sei, in der die Rede nicht als die eines Privatmannes, sondern als die Wiedergabe der Politik der Regierung bezeichnet worden sei.

Simon erwiderte, er hoffe, daß seine Antwort klar zeige, daß dies nicht der Fall sei. Die Rede sei nicht eine Bekannmachung der Politik der Regierung gewesen.

Attlee stellte hierauf den Antrag auf Vertagung des Hauses, um eine Aussprache über die Erklärung eines Ministers zur Außenpolitik herbeizuführen — ein Antrag, dem der Sprecher nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung Folge geben muß, da dieser Antrag gleichzeitig den Charakter einer Mißtrauensbekundung hat.

Nach kurzer Geschäftsordnungsaussprache wurde beschlossen, daß diese Aussprache noch am gleichen Abend stattfinden soll. Das Unterhaus war am Montag abend dicht besetzt, als

Der Regus ergreift das Wort

Wie in Völkerbundsreisen verlautet, sieht nunmehr fest, daß der Regus es durchgesetzt hat, als Führer der abessinischen Abordnung vor der Völkerbundsversammlung das Wort zu ergreifen. Man erwartet, daß er auch das oft gestellte Verlangen nach Finanzhilfe für Abessinien erneuert wird, da auch sein eigenes Vermögen so gut wie erschöpft sein soll.

Eine italienische Denkschrift

Eine italienische Denkschrift, die eine eingehende Stellungnahme der italienischen Regierung zur Eroberung Abessiniens und zur Frage des Verhältnisses zwischen Italien und dem Völkerbund enthält, ist in Genf eingetroffen. Sie enthält noch einmal ausführlich die Gründe, die Italien schon im Oktober 1935 für den Einmarsch in Abessinien angegeben hatte. Inwieweit noch andere Forderungen als die Aufhebung der Sanktionen in der Denkschrift gestellt werden, ist noch nicht bekannt.

Rücktransport aus Abessinien

Vor der Entlassung der Reservisten.

Nachdem die Rücktransporte der Truppen aus Italienisch-Ostafrika in den letzten Tagen bereits aufgenommen hatten, soll jetzt die Heimkehr größerer Truppeneinheiten folgen. Bei dem Rücktransport sollen zunächst möglichst die Truppeneinheiten berücksichtigt werden, die im Frühjahr 1935 als erste nach Ostafrika ausgesandt sind. Nach einer Information des „Giornale d'Italia“ werden nach und nach alle italienischen Truppen, die an dem ostafrikanischen Feldzug teilgenommen haben, in die Heimat zurückbefördert werden. Die Reservejahrgänge sollen sofort entlassen werden. Bei ihrem Abschied erhalten die Offiziere und Mannschaften ein besonderes Erinnerungsabzeichen. Die Uniform und der Tropenhelm bleiben in ihrem Besitz. Außerdem bekommen sie je nach dem Dienstgrad gestaffelte Geldsummen zwischen 200 und 400 Lire. Die Reserveoffiziere erhalten ein Monatsgehalt.

die einem friedlich gestimmten Deutschland die Züre verschließen würde. Eine solche Erklärung würde viel dazu beitragen, um die öffentliche Meinung in England und den anderen Ländern, besonders aber in Deutschland zu beruhigen. (Beifall.)

Lloyd George griff hierauf kurz in die Aussprache ein und forderte eine bestimmte Mitteilung, ob die Rede Duff Coopers die erklärte Politik der Regierung darstelle oder nicht.

Im Namen der Regierung wiederholte der Innenminister Simon zunächst die während der Fragezeit gemachte Mitteilung, daß die Rede Duff Coopers in ihrer endgültigen Form vom Außenminister Eden, der nur den Entwurf gesehen habe, nicht geprüft worden sei. Ende letzter Woche sei der weitverbreitete aber völlig unbegründete Eindruck vorhanden gewesen, daß der Kriegsminister sich in Paris für ein Militärbündnis zwischen England und Frankreich eingelassen habe. Tatsächlich habe er nichts derartiges gesagt. Wenn Duff Cooper davon gesprochen habe, daß England seine freundschaftlichen Beziehungen mit Frankreich pflegen solle, so bedeute das nicht im geringsten, daß England nicht auch seine freundschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten pflegen solle.

Zum Schluß zitierte Simon die Worte Baldwins in der letzten Unterhaus-Aussprache: „Das Ziel unserer Politik ist die Befriedung der Lage in Europa!“

Die Aussprache wurde mit einer Abstimmung abgeschlossen, durch die der Arbeiterparteiliche Antrag, der den Charakter eines Mißtrauensantrages hatte, abgelehnt wurde. Gegen den Antrag stimmten 284, dafür 136 Abgeordnete.

Hitlers Angebot — eine Chance

Lord Rothermere für Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien.

Nach Lord Londonderry und Lord Lothian nimmt nun auch der bekannte englische Politiker Lord Rothermere zur gegenwärtigen europäischen Lage das Wort. In einem „Daily-Mail“-Artikel, der „Großbritanniens einzige Politik“ überschrieben ist, betont er, daß sich der Kräftestand der einzelnen Staaten beträchtlich verändert habe. Indem der Verfasser auf die Gefährlichkeit des französisch-russischen Bündnisses hinweist, fordert er von der britischen Politik, daß sie positiv sei und sich frei mache von den Staaten, die unter den tödlichen sowjetrussischen Einfluß gelangt seien.

Werde Frankreich bolschewisiert, so würde Großbritanniens Lage noch ernster.

Deutschland und Italien hätten ihre bitteren Erfahrungen mit dem Kommunismus gemacht und wollten, wenn notwendig, zu ihrer Verteidigung ein Vorwärtstreiben des Bolschewismus an ihren Grenzen verhindern.

Unter keinem Vorwande dürfe Großbritannien mit dem Bolschewismus gemeinsame Sache machen. „Ueberleit und dumm“ sei es, die Unabwendbarkeit einer britisch-französischen Alliance zu proklamieren, während rote Flaggen über französischen Fabriken und Häfen flatterten. Lord Rothermere zweifelt daran, daß die britische Politik den tiefen Wechsel verkünde, den Hitler und Mussolini für Europa gebracht haben. Der Weg zur engen Zusammenarbeit mit den beiden mächtigsten und bestorganisierten Mächten des Kontinents stünde zur Zeit offen.

Hitler habe sein Anerbieten am 31. März gemacht, und Mussolini habe ähnliches durch den italienischen Botschafter bei Monatsanfang wissen lassen. Beiden sei eine spezifische und ungünstige Antwort erteilt worden. Hier sei eine Chance, die Führung in der Neuorganisation Europas zu übernehmen, gegeben gewesen. Frankreich sei nicht mehr die Macht von 1914, und Großbritannien sollte sich nach Bündnissen mit Deutschland und Italien umsehen.

Das erste für Großbritanniens Sicherheit sei seine gute Bewaffnung, das zweite, starke Freunde zu haben. Einer solchen Freundschaft würde auch Frankreich beitreten, wenn es seine politische Sendung abgeschüttelt habe. Rothermere tritt dann für einen Zusammenschluß zwischen den vier westeuropäischen Hauptmächten ein und meint, dieser wäre eine bessere Garantie als das schiffbrüchige Genf.

die auf Antrag der Arbeiterpartei in aller Eile anberaumte Aussprache über verschiedene Ministerreden und besonders über die außenpolitischen Äußerungen des Kriegsministers Duff Cooper in Paris eröffnet wurde.

Mit dem Rufe mehrerer Arbeitervertreter „Wo ist Baldwin?“ wurde die Aussprache eingeleitet. Der Oppositionsführer Attlee erklärte, es sei bedauerlich, daß der Ministerpräsident nicht anwesend sei. Die Äußerungen des Kriegsministers seien der bisherigen erklärten Politik der englischen Regierung zuwidergelaufen.

Es gehe nicht an, daß die Minister im Lande herumreisen und in dieser unverantwortlichen Weise verschiedene politische Ansichten vertreten.

Dadurch entstehe im In- und Auslande der Eindruck, als ob sich das britische Kabinett in der Auflösung befinde.

Der Führer der Oppositionsliberalen, Sir Archibald Sinclair, sagte daß seine Partei mit einem großen Teil der Rede Duff Coopers übereinstimme, während sie die Befürwortung eines Militärbündnisses mit Frankreich ablehne. Die Regierung solle im Unterhaus eine eindeutige Erklärung über ihre Politik abgeben und an dieser Politik festhalten.

Winston Churchill verteidigte die Rede Duff Coopers und erklärte, daß er keinen Unterschied zwischen den Äußerungen des Kriegsministers, des Außenministers und des Ministerpräsidenten sehen könne.

Arthur Henderson (Arbeiterpartei) forderte unter dem Beifall der Opposition die Regierung auf, sie möge erklären, daß sie nicht den Wunsch habe, mit Frankreich oder einem anderen Land in irgendeine Vereinbarung einzutreten,

